

## **Stadtfraktion DIE LINKE lehnt „Sanierungskonzept“ für Staatstheater ab**

Was für ein Theater um das Staatstheater?! Am Ende blieb von der Front derer, die so emsig einen harten Sanierungskurs forderten niemand mehr übrig. Vor allem die SPD/Grüne Fraktion trat kleinlaut den Rückzug an. Die beißende Ironie der Theaterschaffenden, die nicht müde wurden einen Beschluss des SPD Bundesparteitages von 2007 unter der Überschrift „Kultur ist unsere Zukunft“ zu zitieren und die wochenlang in der ganzen Stadt mobil gemacht hatten, verfehlte ihre Wirkung nicht. Plötzlich wurde einheitliches Auftreten gegenüber der Landesebene gefordert und nur Herr Strauß versuchte mit einem allerdings schwachen Statement die Schuld an der Misere bei Angelika Gramkow festzumachen. Das sogenannte Sanierungskonzept trage doch ihre Unterschrift – ja weil sie als Verwaltungschefin das umgesetzt hat, was die Stadtvertretung bestellte. Weil aufgrund der Mehrheitsverhältnisse in der Stadt schon im Februar kein Zuschuss von 1,4 Millionen EUR geflossen wäre, hatte die Stadtvertretung beschlossen ein Sanierungskonzept erarbeiten zu lassen. Nun lag dieses auf dem Tisch und sah, bei 85% Personalkosten wenig verwunderlich, 79 Entlassungen vor. Die LINKE in der Stadtvertretung hatte sich schnell dazu verständigt ein solches Konzept abzulehnen. Zum einen wolle man nicht „in voreuseilendem Gehorsam Tatsachen schaffen, noch bevor der Landtag sich mit der Volksinitiative, die mehr als 50.000 Bürgerinnen und Bürger des Landes unterschrieben haben, überhaupt beschäftigt hat“, sagte Fraktionschef Gerd Böttger in der Debatte. Zum anderen sei nach wie vor das Land in der Pflicht eine Gesamtkonzeption für alle Theater und Orchester vorzulegen. Nach Ansicht der LINKEN müssen die Mittel endlich dynamisiert werden. Die gern betonten, großen Einspareffekte sind bei genauerem Hinsehen gar nicht da. Gerd Böttger machte dies an Zahlen deutlich, einem Gesamtetat im Landeshaushalt von etwa 7,3 Millionen EUR stehen Ausgaben für Kultur in Höhe von 70 Millionen EUR gegenüber, davon 35,8 Millionen für Theater! Wir reden also über einen Anteil von 0,48%! Die LINKE im Landtag wird im April ein eigenes Theaterkonzept vorlegen, um Alternativen aufzuzeigen und zu verhindern, dass die Landesregierung die Proteste aussitzt. Minister Brodkorb hat bereits reagiert und Gespräche mit der Oberbürgermeisterin geführt. Aktuell geht es darum, die Zwischenfinanzierung bis zur Vorlage des Landeskonzeptes im Herbst für das Schweriner Staatstheater sicherzustellen. Auf Antrag der Fraktion Unabhängige Bürger musste nach dem Rücktritt von FDP Aufsichtsratsmitglied Schmitz auch der Aufsichtsrat des Staatstheaters neu gewählt werden. Altes und neues Mitglied für unsere Fraktion ist Marlen Janew, der wir natürlich weiterhin ein „gutes Händchen“ wünschen.

## **Kein zusätzliches Personal für Bearbeitung des Bildungs- und Teilhabepaketes**

Obwohl der Bund anders als bei vielen anderen Aufgaben, die er den Kommunen überträgt beim Bildungs- und Teilhabepaket Geld für das Personal mitliefert, wollte die LINKE in der Stadtvertretung, dieses auch für die Einstellung zusätzlicher Personale nutzen. Fraktionsvize Henning Foerster verwies darauf, dass es darum gehen müsse, die Leistungen schnellstmöglich an die betroffenen Kinder zu bringen. SPD Dezernent Niesen und die ihn tragenden Fraktionen blieben jedoch dabei, es gibt keine Einstellungen. Es sei richtig, die Gelder sparsam einzusetzen und Mitarbeiter hausintern zu versetzen. Damit werde der Personaletat entlastet, so CDU Fraktionschef Ehlers. Ganz richtig kann er damit jedoch nicht liegen.

Da die ausgezahlten Beträge im November vergangenen Jahres bei gerade einmal 52 EUR betragen, wuchs der Druck auf die Verwaltung. SPD Dezernent Niesen stellte Leiharbeitnehmer ein und wiederholte dies Anfang des Jahres 2012 erneut. Inzwischen steigt das Risiko längerer Antragsbearbeitungszeiten wieder, denn der Personalrat hat sich der dauerhaften Nutzung von Leiharbeit beim Bildungs- und Teilhabepaket entgegen gestellt. DIE LINKE wird dranbleiben und wenn nötig neue Initiativen im Interesse der Betroffenen starten.

### **Personal für Jobcenter**

Wie „flexibel“ die „Große Koalition“ aus SPD/Grünen und CDU/FDP zuweilen in Denken und Handeln ist, zeigt dieses Beispiel. Eben noch geeint in der Ablehnung externes Personal beim Bildungs- und Teilhabepaket zu rekrutieren, forderte sie wenig später mit einem Antrag 8 vakante Stellen beim Jobcenter mit städtischem Personal aufzufüllen. Dieses war unter anderem deshalb abberufen worden, weil die Kernverwaltung selbst personelle Probleme hat und die Mitarbeiter zum Teil „auf dem Zahnfleisch laufen“. Keine Frage die Arbeit im Jobcenter ist hart und auch die LINKE möchte weder, dass die dort beschäftigten Kolleginnen erkranken, noch dass die Leistungsempfänger länger auf ihre Bescheide warten müssen. Allerdings ist es keine Lösung, einfach 8 Mitarbeiter des Stadthauses zu versetzen. Dann löst man temporär das eine Problem und schafft sich selbst sofort ein neues im Stadthaus. Die Polemik der CDU, dass ausgerechnet unsere Fraktion die Probleme der Beschäftigten im Jobcenter klein reden wolle, konterte Fraktionsvize Henning Foerster. „Hier zeigt sich wer wirklich populistisch agiert. Zum einen sei es die CDU/FDP Fraktion, die jedes Jahr von neuem im Verbund mit der SPD harte Einschnitte im angeblich so stark überdimensionierten Personalkörper der Stadt fordere. Zum anderen gehe es den Antragstellern weniger um die Mitarbeiter sondern mehr um die mit dem Einsatz im Jobcenter verbundene Kostenersparnis, da in einem solchen Fall der Bund 85% der Personalkosten übernimmt.“ Statt Polemik will DIE LINKE an einer für alle Seiten vertretbaren Lösung arbeiten und überwies den Antrag in die Fachausschüsse. Dort können auch andere Aspekte, z.B. der Einsatz von auslernenden Azubis oder die Abordnung von Mitarbeitern anderer Jobcenter im Umland diskutiert werden.

### **Rodeln im Schlossgarten ermöglichen**

Oberbürgermeisterin Angelika Gramkow hat aufgrund des Beschlusses der Stadtvertretung den Ministerpräsidenten angeschrieben. Es geht darum, dass der Schlosspark auch in Zukunft Bürgerpark sein soll und dazu gehört nach dem Willen der Stadtvertreter auch, dass man im Winter dort rodeln gehen darf.

### **Erster Naziantrag in zweieinhalb Jahren Stadtvertretung abgelehnt**

Besonders aktiv war der NPD Vertreter in den knapp zweieinhalb Jahren nicht, nun stellte er den ersten Antrag überhaupt. Wenig verwunderlich war, dass er schlechten Vorbildern anderenorts folgte und verlangte, dass die Landeshauptstadt Schwerin eine Gedenktafel für die Opfer des alliierten Bombenangriffs vom April 1945 aufstellt. In einer nachdenklich stimmenden Rede erwiderte Dietrich Tierfelder stellvertretend für die demokratischen Fraktionen und machte als Zeitzeuge deutlich, dass die geistigen Nachfolger derer, die Verantwortung dafür tragen, dass es zum Krieg und damit verbunden auch zu vielen Opfern unter der deutschen Zivilbevölkerung kam, jedes Recht verwirkt haben, derartige Anträge zu stellen.